



EUROPÄISCHE INTEGRATION ZUM ERFOLG FÜHREN

EUROPAPOLITISCHE AGENDA DER STÄDTE UND GEMEINDEN

STUTTGARTER EUROPAPOLITISCHE DEKLARATION DES **DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES**

Für Europa muss man aufstehen, Gesicht zeigen und sich einsetzen. Viel zu lange wurde in Sonntagsreden verkündet: Europa ist nicht mehr aufzuhalten. Die Realität beweist uns das Gegenteil – Europa ist kein Selbstläufer. Das zeigen uns der Ausgang des Brexit-Referendums in Großbritannien und das Erstarren europafeindlicher Kräfte in einer Anzahl von EU-Mitgliedsstaaten. Dabei ist ein einiges Europa für uns alle nicht nur Garant für Wachstum, Wohlstand und Stabilität. Sondern das Friedensbollwerk auf unserem Kontinent schlechthin. Dafür müssen sich alle verantwortlichen politischen Kräfte, die Gesellschaft, die Wirtschaft nachhaltig einsetzen!

Weitere Exit-Entscheidungen in Europa bleiben möglich. Da hilft ein Ruf nach „Mehr Europa gerade jetzt“ alleine nicht. Wir brauchen eine bessere EU, die sich vor Ort bei den Menschen erklärt, ihre Vorteile, ihren Nutzen und ihre Unverzichtbarkeit überzeugend darlegt und zeigt. Dazu wird es einer echten und fairen europäischen Partnerschaft aller öffentlichen Ebenen mit Verantwortung bedürfen: der EU, der Mitgliedsstaaten, der Länder und Regionen und nicht zuletzt der Städte, Gemeinden und Kommunen. Nur dann wird es Populisten mit ihren einfachen Parolen nicht mehr gelingen, Massen gegen Europa in Bewegung zu bringen.

VORBEMERKUNG

Die Brexit-Entscheidung mag im Vereinigten Königreich mit einer unfairen Kampagne voller Halbwahrheiten und Falschmeldungen erzielt worden sein. Das ändert aber nichts daran: Für den Brexit wurde in der Abstimmung eine Mehrheit erreicht! Das war möglich, trotz jahrzehntlanger EU-Mit-

gliedschaft. Dazu hat entscheidend beigetragen, dass die jüngere Generation ihr Stimmrecht nicht wahrgenommen und sich erst nach dem Sieg der Austrittsbefürworter bestürzt und europafreundlich artikuliert hat. Dem Brexit hat die Generation der über 60jährigen und der über 70jährigen zur Mehrheit verholfen. Dazu hat sicherlich nicht zuletzt beigetragen, dass diesen Menschen in Großbritannien in einer über 40 Jahre langen EU-Mitgliedschaft von der Regierung in London ein sehr kritisches bis ablehnendes Europabild gezeichnet wurde. Mit „EU-Bashing“ konnten in Großbritannien traditionell innenpolitische Schlachten geschlagen und gewonnen werden. Gleichzeitig ist festzustellen, dass das Ringen um mehr regionale Autonomie stärker wird. Aktuell in Katalonien, aber zum Beispiel auch in Flandern, Norditalien oder Schottland.

Der Schock über die Mehrheit für den Brexit auf den britischen Inseln mag neben anderen Faktoren ein wichtiger sein für die Erklärung, warum die Bürgerschaft in Mengen auf die Straßen in unseren Städten und Gemeinden strömt und für Europa demonstriert, proeuropäische Gesinnung und Überzeugung unter dem Motto „Pulse of Europe“ manifestiert. Das tun nunmehr auch Städte und Gemeinden in England. Nachdem sie während der Debatte um das Brexit-Referendum leider keine Position für Europa bezogen, sondern geschwiegen haben. Damit haben sie zum Erfolg der Brexit-Befürworter beigetragen - durch Unterlassen. Der Brexit kann aber auch als Chance für Europa gesehen werden. Die Kommunen dürfen zu Europa nicht schweigen. Sie müssen Kritik vorbringen, dort wo sie nötig ist, aber damit auch zum Gelingen des europäischen Einigungswerks beitragen.



Berechtigte Kritik an der EU artikulieren, auch mit Nachdruck. Aber dabei das große Ganze nicht aus den Augen verlieren und selbst dazu beitragen, dass das europäische Einigungswerk nicht in Existenzgefahr kommt. Dabei können wir aktuell auf wichtige Jubiläen blicken. Am 01.01.2018 ist der

60. Geburtstag des Inkrafttretens der Römischen Verträge und Geburtsstunde der heutigen EU. 2018 ist zudem der 30. Geburtstag des Inkrafttretens der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates. Dieser wird am 05. Mai 2019 sein 70. Jubiläum feiern.

DAHER LEGT DER DEUTSCHE STÄDTE- UND GEMEINDEBUND FOLGENDE POSITIONEN & FORDERUNGEN VOR:

1 IN DER EUROPÄISCHEN UNION

a. In der EU politische Verantwortung für die Kommunen schaffen!

In der EU muss politische Verantwortung und Verantwortlichkeit für die Städte und Gemeinden geschaffen werden! Positives Beispiel hierfür ist, dass die Gruppen der Europaabgeordneten der Union und der SPD europapolitische Sprecher bestimmt haben. Auch in der EU-Kommission muss es einen für die Städte und Gemeinden als Partnerinnen der EU verantwortlichen Kommissar geben. Alle Dienststellen der EU müssen angehalten werden, in ihrer Arbeit die Städte und Gemeinden im Blick zu haben und deren kommunales Selbstverwaltungsrecht zu achten. Der Präsident des Ausschusses der Regionen und Kommunen der EU sollte regelmäßig zur Teilnahme an den EU-Ratsgipfeltreffen eingeladen werden.

b. Partnerschaft zwischen EU und Kommunen sichern!

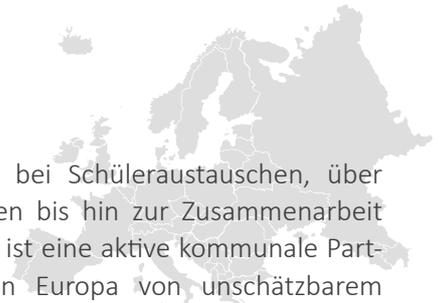
Viel zu lange hatte man in den Städten und Gemeinden das Gefühl, dass von Brüssel aus über sie hinweg regiert wird. Demgegenüber muss ein Modell des partnerschaftlichen Zusammenwirkens aller demokratisch legitimierten Ebenen verwirklicht werden: Der EU, des Bundes, der Länder und der Kommunen. In allen diesen Ebenen muss gegenseitiger politischer Respekt herrschen und die Frage bei allen politischen und gesetzgeberischen Entscheidungen gestellt und beantwortet werden, was diese jeweils für die anderen Ebenen bedeuten. Der partnerschaftliche Dialog und die Konsultation mit den kommunalen Spitzenverbänden muss in den EU-Institutionen verstetigt und weiter ausgebaut werden.

c. Gelebte Subsidiarität garantiert Bürgernähe!

Die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind keine bloßen juristischen Begriffe. Ihre Einhaltung und Überwachung sind ein Weg zu Bürgernähe in Europa! Es muss garantiert werden, dass die Allzuständigkeit der Gemeinden für die örtlichen Fragen nicht durch die EU beeinträchtigt wird. Die Kommunen wissen mit ihrem Selbstverwaltungsrecht am besten, was und wie vor Ort zu regeln ist. Wir fordern, dass es im jährlichen Subsidiaritätsbericht der EU ein explizites Kapitel über die Rolle der Kommunen und die Achtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts gibt! Alle EU-Gesetze müssen in ihrer Begründung gehaltvolle Darlegungen zur Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit mit Blick auf die Städte und Gemeinden enthalten. Dies gilt vor allem für administrative und Kostenfolgen. Umgekehrt erwarten die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden, dass Europa handlungsstark und effektiv die europäischen Fragen und Herausforderungen angeht und meistert! Eine starke EU ist unser aller Garant für Sicherheit, Wohlstand und Wachstum, wenn sie die ihr übertragenen europäischen Zuständigkeiten anpackt und umsetzt. Das gilt auch und nicht zuletzt für die Migrationspolitik.

d. Kommunale Daseinsvorsorge schützen!

Die Städte und Gemeinden geben den Menschen Heimat. Das gilt auch und gerade in der Internationalisierung. Die Menschen erleben Europa vielfach in ihrer Gemeinde, vor Ort. Allerdings auch in negativer Weise, wenn Städte und Gemeinden und deren kommunale Unternehmen um starke und hochwertige kommunale Daseinsvorsorgeleistungen im europäischen Binnenmarkt kämpfen müs-



sen. Die EU muss akzeptieren und verinnerlichen, dass kommunale Daseinsvorsorge kein Hindernis für einen erfolgreichen EU-Binnenmarkt ist, sondern dessen Voraussetzung. Das EU-Wettbewerbs- und Beihilfenrecht muss auf die zwingend nötigen Vorschriften zum Schutze der europäischen Märkte reduziert werden. Schwellenwerte in diesen Rechtsbereichen müssen erhöht, Verwaltungsverfahren vereinfacht, regionale nachhaltige Wirtschaftskreisläufe in einer mittelstandsfreundlichen Ausgestaltung als Kernelement einer prosperierenden Wirtschaft gestärkt werden.

e. Städtepartnerschaftsarbeit fördern – Europäisches Bewusstsein schaffen!

Die Städte und Gemeinden fordern: Die EU muss 1 Euro pro Einwohner im Jahr zur Förderung der kommunalen Partnerschaftsarbeit ausgeben! Städtepartnerschaften sind gelebter europäischer Gemeinsinn und Völkerverständigung im wörtlichen

Sinne. Beginnend bei Schüleraustauschen, über Bürgerbegegnungen bis hin zur Zusammenarbeit der Unternehmen ist eine aktive kommunale Partnerschaftsarbeit in Europa von unschätzbarem Wert und eine konkrete Möglichkeit, ein europäisches Bewusstsein zu schaffen.

f. Regionalpolitik zukunftsgerecht weiterentwickeln!

Die europäische Regionalpolitik muss beibehalten und gestärkt werden! Sie schafft einen Mehrwert in den Regionen und Kommunen und aktiviert vor Ort für Europa. In der EU beginnt aktuell die Debatte um die Zukunft der EU-Regionalfonds post 2019. Die EU-Förderfonds müssen auf den Prüfstand, ob durch sie ausreichend in Innovation und zukunftsorientierte Infrastruktur wie Breitband und Digitalisierung investiert wird. Auch nach einem Brexit müssen die europäischen Fördertöpfe handlungsstark ausgestattet sein!



IM BUND UND IN DEN LÄNDERN

2

a. Kommunen in Europa auf die politische Agenda!

In der Bundesregierung und in den Landesregierungen, im Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und den Landtagen gilt gleichermaßen: Bei europapolitischen Mit-Entscheidungen gehören die Städte und Gemeinden und das kommunale Selbstverwaltungsrecht auf die Agenda! In den Ministerien und in den Fraktionen muss es Ansprechpartner für kommunale Europabelange geben. Die kommunalen Spitzenverbände müssen informiert und konsultiert werden.

b. Europagesetzgebung vom Konnexitätsprinzip erfassen!

Die Umsetzung von EU-Vorgaben kostet oft viel Geld, nicht zuletzt kommunales Geld. Diese Umsetzung wird aber regelmäßig nicht von den Konnexitätsregelungen in den Ländern erfasst. Das muss sich ändern, zudem die Länder über den Bundesrat sehr wohl eine starke Mitwirkungsstellung in der EU haben und deren Gesetzgebung mitverursachen.

c. Kommunale Europavertretung ausbauen!

In den Ausschuss der Regionen und Kommunen der EU müssen mehr Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen aus Deutschland entsandt werden! Nur drei kommunale der insgesamt 24 Sitze in der deutschen AdR-Delegation spiegeln nicht die Bedeutung der Kommunen in Deutschland angemessen wider.

d. Europakompetenz stärken – Europa in die Lehrpläne!

Die Europakompetenz der Kommunen muss weiter gestärkt werden. Vorbildhafte Projekte wie die der europafähigen Kommune in NRW und Schleswig-Holstein müssen fortgeführt und auch in andere Länder übertragen werden. Europa und europäische Integration müssen Inhalt in den Lehrplänen und Prüfungsthemen der Auszubildenden für den öffentlichen Dienst, aber auch in den weiterführenden Schulen sein!

e. Zusammenarbeit der Kommunen fördern!

Die Förderung der Städtepartnerschaftsarbeit, aber auch der kommunalen Entwicklungszusammenar



beit müssen Bestandteile der Bundes- und Landespolitik sein. Dabei sollte die Jugend- und Bürgerbegegnung im Vordergrund stehen, ergänzt um die inhaltliche und thematische Kooperation vor allem bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele.

f. Europa in der Verbandsarbeit verankern!

Europäisches Engagement muss die Arbeit der repräsentativen und gesellschaftlich wirksamen Ver-

bände und Institutionen mitprägen, nicht zuletzt auch der kommunalen Spitzenverbände selbst. Europa muss in der Verbandsarbeit verankert werden. Im Veranstaltungskalender, in der politischen Positionsbestimmung und bei der Vorbild- und Multiplikatorenrolle, die die repräsentativen Verbände wahrnehmen.



3 IN DEN STÄDTEN UND GEMEINDEN

a. Städtepartnerschaftsarbeit stärken – Die Menschen für Europa gewinnen!

Nicht zuletzt können die Städte und Gemeinden selbst aktiv zu einem erfolgreichen Europa beitragen. Städtepartnerschaften sind dafür ein Anknüpfungspunkt, der in den Städten und Gemeinden gepflegt und gefördert werden sollte. Aus der Kommunalpolitik heraus sollte die Städtepartnerschaftsarbeit in Kooperation mit den Vereinen und Schulen aufgegriffen und der jungen Generation vermittelt werden. Vor Ort können die Menschen für Europa gewonnen werden. Durch die Kommune und in Kooperation mit Verbänden und Institutionen.

b. Europatag in den kommunalen Veranstaltungskalender!

Ein Europatag oder eine Europawoche sollte sich in dem Veranstaltungskalender jeder Stadt und Gemeinde finden! Gäste aus Partnerkommunen, Volksfeste, Kulturaustausch, Jugend- und Bürgerbegegnung können die Menschen für Europa ebenso ansprechen, wie die politische Diskussion zu europäischen Themen.

c. Europa-Ansprechpartner in Rathäusern & Ratsfraktionen!

Europaarbeit braucht Köpfe und Hände. Auch in den Städten und Gemeinden. Sowohl Ratsverwaltungen, als auch Ratsfraktionen sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Ansprechpartner für das Thema "Europa in meiner Gemeinde" benennen. Diese können als Multiplikatoren und Anlaufstelle für ein

europäisches Engagement einen wirksamen Beitrag liefern. Vielen Städten und Gemeinden wird es dabei nicht möglich sein, ein kommunales Europabüro einzurichten. Aber auch mit wenigen Mitteln kann für Europa in der Summe viel bewirkt werden.

d. Auf nach Brüssel und Straßburg - mitmachen!

Städte und Gemeinden sollten aktiv auf die Europapolitiker und -politikerinnen in ihrer Region zugehen! Abgeordnete des Europaparlaments oder europapolitische Sprecher in den Landtagen und im Deutschen Bundestag können Europapolitik aktiv und plastisch vermitteln - und Forderungen an diese entgegennehmen. Bürgermeisterkonferenzen sollten zudem in ihren Veranstaltungskalender auch einmal eine Studienreise nach Brüssel oder nach Straßburg einplanen. Um Europa auch dort aus einer europäischen Perspektive zu erleben. Europäisches Engagement muss die Arbeit der repräsentativen und gesellschaftlich wirksamen Verbände und Institutionen mitprägen, nicht zuletzt auch der kommunalen Spitzenverbände selbst. Europa muss in der Verbandsarbeit verankert werden. Im Veranstaltungskalender, in der politischen Positionsbestimmung und bei der Vorbild- und Multiplikatorenrolle, die die repräsentativen Verbände wahrnehmen.

Stand Dezember 2017

*Einstimmig beschlossen vom Präsidium des DstGB am 11.12.2017 in Stuttgart
ViSdP: Dr. Gerd Landsberg*



Marienstraße 6
12207 Berlin-Lichterfelde
Tel.: 030 / 77307-0
Fax: 030 / 77307-222
E-Mail: dstgb@dstgb.de
Internet: www.dstgb.de